



Postulat Sager Urban und Mit. über bezahlbare Kita-Tarife bei gleichzeitig fairen Löhnen

eröffnet am 17. Juni 2019

Der Regierungsrat wird aufgefordert, zusätzliche Finanzierungsmodelle für Kindertagesstätten beziehungsweise Vergünstigungen der Elterntarife durch Unternehmen und die öffentliche Hand zu prüfen.

Begründung:

Die sogenannten «Einführungspraktika» in Kindertagesstätten (Kitas) sind systemwidrig und stellen eine hohe berufliche Einstiegshürde dar. Der Regierungsrat hält in seiner Antwort auf die Anfrage A 337 fest: «Praktika in Kinderkrippen vor der Lehre sind unerwünscht und widersprechen der Strategie «Bildung vor Arbeit.» Diese Praktika haben auch keinen lehrvorbereitenden Charakter im Sinn einer Eignungsprüfung, sie dienen lediglich dazu, durch sehr tiefe Löhne die Personalausgaben in Kindertagesstätten zu senken. Die Tripartite Kommission Arbeit (TKA) hat nun diesbezüglich Empfehlungen mit Weisungscharakter erlassen:

- Ein Einführungspraktikum darf die Dauer von sechs Monaten nicht überschreiten – ausser der Betrieb sichert den Ausbildungsplatz verbindlich zu. Dann darf das Praktikum um maximal sechs weitere Monate verlängert werden.
- Die Gesamtdauer der Einführungspraktika beträgt maximal zwölf Monate. Wird dies nicht eingehalten, gelten die Praktikanten als ungelernte Mitarbeiter und erhalten einen Monatslohn von mindestens 3000 Franken.
- Die Probezeit beträgt einen Monat.
- Innerhalb einer Kita werden nicht mehr Praktika als offene Lehrstellen im Folgejahr angeboten.
- Der Mindestlohn für ein Einführungspraktikum beträgt 800 Franken.

Diese Empfehlungen sind zu begrüssen, sie schränken die Möglichkeit der Praktika auf solche mit Anschlusslösung ein und garantieren den Praktikantinnen und Praktikanten, nach dem erfolgreichen Abschluss des Praktikums eine Lehrstelle anzutreten.

Allerdings führen diese Massnahmen in Zukunft zu einer Kostensteigerung von bis zu 20 Prozent oder einem Anstieg der Tagesansätze von heute durchschnittlich 125 Franken auf 150 Franken¹. Hinzu kommen Kostensteigerungen aufgrund der steigenden Betreuungsarbeit in Kindertagesstätten, aufgrund von mehr Kindern mit besonderen Bedürfnissen, anspruchsvollerer Elternarbeit und steigenden Qualitätsansprüchen an die Ausbildung von Fachpersonen für die Betreuung von Kleinkindern. Diese Kosten werden unter den gegebenen Umständen auf die Eltern abgewälzt, was aufgrund der bereits heute enorm hohen Beteiligung der Eltern nicht mehr zu verantworten ist: Nirgendwo in Europa bezahlen Eltern so hohe Beiträge wie in der Schweiz.²

¹ https://www.kibesuisse.ch/fileadmin/Dateiablage/kibesuisse_Dokumente/Stellungnahmen/170410_kibesuisse_Positionspapier_Praktika_in_der_Kinderbetreuung.pdf

² http://www.oecd.org/els/soc/PF3_4_Childcare_support.pdf

In Anbetracht der Tatsache, dass vor allem auch Unternehmen von einer ausgebauten familienergänzenden Kinderbetreuung profitieren, sollten sie sich auch an den Kosten beteiligen. Es gibt Kantone, die entsprechende Beteiligungsmodelle kennen, im Kanton Neuenburg beispielsweise über einen Beitrag der Unternehmen in der Höhe von 0,18 Prozent der Lohnsumme³.

Vor diesem Hintergrund fordern wir den Regierungsrat auf, zusätzliche Finanzierungsmodelle für Kitas beziehungsweise die Vergünstigung der Elterntarife durch die öffentliche Hand und die Wirtschaft zu prüfen.

Sager Urban

Setz Isenegger Melanie

Budmiger Marcel

Wimmer-Lötscher Marianne

Engler Pia

Agner Sara

Brunner Simone

Reusser Christina

Bucher Noëlle

Frey Monique

Stutz Hans

Zbinden Samuel

Bärtsch Korintha

Fässler Peter

Muff Sara

Schneider Andy

Schuler Josef

Meyer Jörg

Ledergerber Michael

Roth David

Spörri Angelina

Estermann Rahel

Heeb Jonas

Schmutz Judith

Misticoni Fabrizio

Kurer Gabriela

Frye Urban

³ <https://www.ne.ch/autorites/DEF/SPAJ/accueil-extrafamilial/Pages/Fonds-pour-les-structures-d'accueil-extrafamilial.aspx>